Asyl / Flüchtlinge, Freitag, 16. Oktober 2015

# Freiwilliger Dienst für die Flüchtlingshilfe

Angesichts des anhaltenden starken Zustroms von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland wird deutlich, dass kurzfristige Maßnahmen zur Flüchtlingshilfe als auch ihre langfristige Integration dringend erforderlich sind. Kommunen stoßen derzeit an ihre Grenzen bei der Flüchtlingsaufnahme. Um sie bei dieser Aufgabe zusätzlich zu unterstützen, hat der Koalitionsausschuss im Rahmen des Flüchtlingsgipfels am 24. September verabredet, das ehrenamtliche Engagement zu stärken und den Bundesfreiwilligendienst um bis zu 10.000 neue Stellen aufzustocken.

Auch wenn die Details der Verabredung auf Bundesebene noch nicht abschließend geklärt sind, können Kommunen bereits zum jetzigen Zeitpunkt aktiv werden, um den Bundesfreiwilligendienst für die zusätzliche Unterstützung im Bereich der Flüchtlingshilfe vor Ort zu nutzen!

Kommunen können bereits jetzt einen Antrag stellen, um neue Einrichtungen, z.B. Flüchtlingswohnheime, als Einsatzstellen anerkennen zu lassen. Es bleibt bei dem bisherigen Anerkennungs- und Registrierungsverfahren des Bundesfreiwilligendienstes. Bereits in den Kommunen eingesetzte Bundesfreiwillige können auch im Bereich der Flüchtlingshilfe eingesetzt werden. Gleichzeitig kann ein Antrag auf Aufstockung der Plätze für eine bereits anerkannte Einsatzstelle gestellt werden. Bereits anerkannte Einsatzstellen müssen selbst nicht neu registriert werden.

Der Ausbau des Bundesfreiwilligendienstes ist ein starkes Signal für die Unterstützung des Ehrenamtes bei der Flüchtlingshilfe und zugleich eine Chance für Kommunen, Ehrenamtler für die akute Unterstützung der Flüchtlingsaufnahme vor Ort einzusetzen und darüber hinaus eine Begleitung derjenigen Menschen zu ermöglichen, die dauerhaft bleiben werden. Es muss sichergestellt werden, dass ein Großteil der zusätzlichen Stellen auch in den Kommunen angesiedelt wird. Zudem wäre es für die Flüchtlinge ein wichtiges Signal, wenn auch ihnen der Bundesfreiwilligendienst als Betätigungsfeld offenstehen würde. Auf diese Weise könnte ein Beitrag zur Integration geleistet werden.

Alle wichtigen Informationen, aus denen hervorgeht, wie sich Einrichtungen in Kommunen als Einsatzstellen für den Bundesfreiwilligendienst anerkennen lassen, Interessierte für den Bundesfreiwilligen werben und Vereinbarungen mit den Bundesfreiwilligen abschließen können, sind hier als PDF-Dokument abrufbar.